



Alterssicherung von Selbstständigen nur solidarisch zu lösen

Rede von Volker Schneider, 02. Juli 2009

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Die FDP stellt in ihrem Antrag fest, dass die Alterssicherung der Selbstständigen gegenwärtig nicht ausreichend geregelt sei. Hier findet sie die Zustimmung der Linken.

Weiter wird ausgeführt, es liege im Interesse der Allgemeinheit, dass auch die Selbstständigen eine so weit ausreichende Altersvorsorge betreiben, dass sie im Alter nicht auf die Grundsicherung angewiesen seien. Abgesehen davon, dass aus Sicht der Linken niemand im Alter auf Grundsicherung angewiesen sein sollte, findet die FDP auch hier unsere uneingeschränkte Zustimmung. Und auch ihren Verweis auf die besondere Problematik von Soloselbstständigen finden wir richtig und wichtig.

Ergänzend könnten wir noch darauf hinweisen, dass in der AVID-Studie - das steht für Altersvorsorge in Deutschland - Personen mit einem niedrigen Alterseinkommen fast dreimal so lange Phasen der Selbstständigkeit in ihrem Erwerbsleben aufgewiesen haben wie Personen mit einem höheren

Alterseinkommen. Kurz gesagt: Selbstständigkeit ist ein wesentliches Risiko für Altersarmut.

Damit enden dann aber auch die Gemeinsamkeiten. Sie fordern, dass es den Selbstständigen im Rahmen einer Pflicht zur Versicherung freigestellt werden soll, ob sie sich privat, gesetzlich oder durch eine Kombination aus beidem im Alter absichern wollen. Wieso soll dies eigentlich nur für Selbstständige und nicht auch für angestellte Erwerbstätige gelten?

(Beifall bei der LINKEN)

Vor allem wollen Sie den Selbstständigen wahrscheinlich den Zugang zur hochsubventionierten Riester-Rente eröffnen.

Nun kenne ich den Kollegen Kolb - ich denke, dass er der geistige Vater dieses Antrags ist; heute ist er leider nicht da - als jemanden, der sich akribisch mit Daten und Fakten auseinandersetzt. Insofern kann ich mir kaum vorstellen, dass er das in Ihrem Antrag zitierte Gutachten des Sozialbeirats nicht gründlich gelesen hätte. Dann hätte ihm nämlich folgender Satz zu denken geben müssen:

Die Einkommenssituation einer steigenden Zahl von Soloselbstständigen deutet aber auf eine begrenzte Sparfähigkeit hin.

Das heißt nicht mehr und nicht weniger, als dass viele Soloselbstständige finanziell gar nicht in der Lage sind, sich individuell abzusichern. Da hilft bei einem Einkommen von 1.100 Euro, das rund 40 Prozent dieser Selbstständigen beziehen, nun wirklich keine Riester-Rente mehr weiter.

Das eigentliche Problem, nämlich die bestehenden Sicherungsdefizite aufgrund der niedrigen

Erwerbseinkommen, wird in Ihrem Antrag völlig ausgeblendet. Übrigens könnten darüber auch die Grünen und die SPD einmal sehr gründlich nachdenken; denn in deren Regierungszeit fiel der massive Anstieg der Zahl der zu Dumpinglöhnen arbeitenden Selbstständigen, verursacht durch die enorme Ausweitung des Niedriglohnssektors im Zuge und als Ergebnis der von ihnen beschlossenen Hartz-Gesetze.

Insoweit, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, geht es in Ihrem Antrag nicht wirklich um einen wirksamen Schutz gegen Altersarmut für Selbstständige. Begreifen Sie doch endlich: Mit Privatisierung und der Individualisierung von Lebensrisiken lösen Sie die Probleme nicht.

(Beifall bei der LINKEN)

Lassen Sie sich doch endlich einmal etwas anderes einfallen als diese immer gleiche Leier! Es ist bei Ihnen offensichtlich immer noch nicht angekommen. Dass Menschen, die in fondsgebundene Riester-Verträge eingezahlt haben, zwischen 20 und 80 Prozent des eingezahlten Betrages verloren haben, dass die Betriebsrenten in den Niederlanden vor der Pleite stehen und dass in den USA über 4 Billionen US-Dollar in den Renten- und Pensionskassen verloren gegangen sind, interessiert die FDP anscheinend nicht. Letztlich wollen Sie der Versicherungswirtschaft durch die Zufuhr neuer Kunden dringend benötigtes frisches Kapital verschaffen.

Außerdem: Was heißt schon Wahlfreiheit in der gesetzlichen und privaten Altersvorsorge? Wer sich die private Altersvorsorge nicht leisten kann, nimmt die Solidarität der gesetzlichen Rentenversicherung in Anspruch. Die anderen machen sich einen

schlanken Fuß in berufsständischen
Versorgungswerken.

Aus Sicht der Linken ist es höchste Zeit, die
Privatisierungs- und Individualisierungstendenzen in
der Altersvorsorge zu stoppen, die vergangenen
Leistungskürzungen in der gesetzlichen Rente
zurückzunehmen und die staatliche Subventionierung
der Riester-Rente endlich zu beenden. Das wäre die
Lösung. Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)